

Ercheint täglich
nachmitt. mit Ausnahme
des Sonn- und Feiertags.

Abonnementpreis
monatlich 80 Pf.
vierteljährlich 1.80 M.
jährlich 7.00 M. im Voraus.
Durch die Post bezogen
1.00 M. mehr beizufügen.

„Die Neue Welt“
(Wochenblattausgabe)
durch die Post nicht bezogen,
kostet monatlich 10 Pf.
vierteljährlich 30 Pf.

Telephon Nr. 1047.
Telegramm-Adresse:
Volksblatt Halle/Saale.

Sozialist

Inferntionsgebühr
betragt für die eingeleitete
Parteiakte oder deren Mann
80 Pfennig.
Für amnestierte Angelegen
25 Pfennig.
Im rekursiven Falle
kann die Rate 75 Pfennig.

Infernts
für die Prüfungsummer
müssen spätestens bis vor-
mittags halb 12 Uhr in der
Expeditiön anfragen
sein.

eingetragen in die
Polizeistrafges.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Naumburg-Weißenfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga
und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

Deutschland im Jahre 1907.

Die entscheidenden Tatsachen der inneren deutschen Reichspolitik sind an den Anfang des Jahres gelangt, und werden mit ihnen Bureaus bis in das vorangehende hinein zum 13. Dezember 1906 war der deutsche Reichstag aufgelöst worden, angeblich, weil das Zentrum Vorbereitungen zur Verminderung der Stärke der südschlesischen Schutztruppen gefordert und von einem kolonialen Nachtragsteuern Millionen getrieben hatte. Der ungeliebte, unblutige aber desto opferreicher Potentatententriege war schon damals so gut wie beendet, und die Salzung des Zentrums zu den letzten Kriegsvorbereitungen nichts Ungewöhnliches in der deutschen Parlamentsgeschichte. Aber die Stimmung war durch die vorausgegangene Entfaltung scheußlicher Kolonialgenerei gereizt, die Stellung des Reichstanzlers schwanden geworden. Dieser reiste sich, indem er dem Zentrum den Stuhl vor die Türe setzte, nachdem er zuvor Verhandlungen mit den Freiwiljigen eingeleitet hatte. Diese, die sich noch wenige Tage vor der Auflösung noch schärfste Kritik der Reichspolitik hervorgebracht hatten, schwenkten plötzlich ein, und im Namen der konservativ-liberalen Parteien, hinter Block genannt, begann das Wahlreiben, das am 25. Januar und 5. Februar mit dem berühmten „Medererlei“ der Sozialdemokratie endete. Der Misserfolg der Sozialdemokratie bei diesem Reichstagswahlsieger bildet nicht bloß für sie sondern auch für ihre Gegner das zentrale Ereignis der deutschen Politik vom letzten Jahre.

Die Sozialdemokratie gewann gegen 1903 immer noch eine Viertelmillion Stimmen, mit 3/4 Millionen Wählern steht sie auf dem Vormarsch aus Beobachtung der vierden Millen. Aber statt 81 im Juni 1903 gewann sie im Februar-Februar 1907 nur 43 Reichstagsmandate. Die fortwährende Verdrängung der Wahlkreisverhältnisse zugunsten der dichtbesiedelten, die verhältnismäßig nicht auch die Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen, die Steigerung der Wahlbeteiligung durch Aufspaltung der „Wahlkreise“, schließlich der lartellmäßige Zusammenstoß der sogenannten „nationalen“ Parteien hat dieses Ergebnis herbeigeführt und hat es ermöglicht, daß der Block im Reichstag über eine Mehrheit verfügt, während er bei Volksabstimmung der Wahlen in der Minderheit blieb. So hat die neue Reichstag weit davon entfernt, ein richtiges Spiegelbild der wahren Volksmeinung zu sein, er kann schon deshalb als solches nicht gelten, weil seine Mehrheit, von den schon angeführten Umständen abgesehen, ihre Existenz einer ebenso großen wie vorausichtlich kurzlebigen Zersplitterung der öffentlichen Meinung verdankt. Man kann ohne Uebereizung sagen, daß die deutschen Wähler niemals so „rechtsgelagert“ waren, wie diesmal, als sie einen der nationalliberalen Reichstage zusammenbrachten. Im Namen der „Freiheit“ ging es mit Hurra gegen das Joch des Zentrums und dessen „Bundesgenossen“, die ein abgeschwächter Wahl-schwindel behauptete, die Sozialdemokratie. Das Ergebnis dieses plebiszitären Freiheitskaufes war der Block und die Korrumpierung der letzten Reste einer bürgerlichen Opposition. Die ganze weitere Entwicklung der Dinge spricht dafür, daß die Wahlpolitik von 1906-1907, der Sozialdemokratie, obgleich sie ihr vorübergehenden Schaden bebrachte, schließlich zu großem Vorteil gereicht wird. Auch das konservativ-liberale Kartell von 1887 jubelte über die gelangene Einbürgerung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, deren Verstand im Trübel der Umstürzen von 94 auf 11 Mandate sank. Drei Jahre später verpöbelte die Sozialdemokratie ihre Wählerseite und verpöbelte sie ihre Mandatsträger.

Demagogie ist trübe Gärung, aus der sich die Klarheit der Demokratie entwickelt und die politische Einsicht, deren Träger die Sozialdemokratie ist. Das Treiben des Reichstags, des Reichstags, des Reichstags, auf dessen und der Regierung gleichwertige Wahlmacht die Enthaltungen des Wahlkreises das größte Licht warfen, und der „alten Kritiker“, die in Karl Peters, dem Mann der Jagobla und dem Heiden von hundert Weidlingsungensprogen in den Republikanismen ihre Stellung fanden hat den Staatsumsturz, wie er auf deutscher Erde ausgedacht wird, zwar abenteuerlich genug maskiert, aber ihm nicht abstrus genug verdeckt. Sie haben aber gehakt und mit ihrem darauf, es ihnen beizubringen. Das ist der Gewinn dieses Wahlkampfes, aber dessen Ausgang freilich nach anderer Seite erweist waren, als die Sozialdemokraten.

Der preussische und der sächsische König wechselten Glückwunschkartogramme: Es ist ein Verwundern zu sein. Antisemitische Handlungsgeschichten sagen nach Mitternacht vor das Berliner Schloß, werten die tschechische Familie und ergießen eine Anrede von hohen Feinern herab, in der sie aufgeföhrt wurden, alles niedergeburteten, was sich dem tschechischen Willen entgegenstellte.

Die preussisch-sächsischen Groß-Industriellen, die zur Stärkung der national-liberalen Kriegsmittel eine Steuer pro Kopf des Arbeiters ausgeprochen und außerdem den vom Fürsten Bismarck verordneten Wohlwollfonds durch Beiträge unterstützt hatten, fanden wenige Monate später ihren Lohn durch den Sturz des Grafen Bismarck und die Ernennung von Bismarck-Sol-

weg zum Reichssekretär des Innern, der sich sofort beehrte, die von seinem Vorgänger abgetretenen Beziehungen zu den Sachmachern wiederherzustellen.

Die ostelbischen Agrarier erwarteten den alten Bund der Treue mit dem Fürsten Bismarck, der verstarb, seit seines Lebens ein agrarischer Reichstanzler zu bleiben.

Alle Militär- und Marinevorhaben der Regierung fanden bei sämtlichen bürgerlichen Parteien begehrte Ausnahme.

Die Kirche, die sich anfangs wenigstens in ihrem katholischen Zweig, von einem neuen „Aufwachen“ bedroht fühlte, fand sich durch die moralisch-religiösen Verbündeten des Kaisers in Münster und Wemel auf das angenehmste enttäuscht. Sie kämpft heute Schulter an Schulter mit dem Staat gegen politischen und religiösen Modernismus.

Das alles verdreht sie dem Block, dessen linken Flügel der Freisinn bildet. Dieser hat alle seine Grundidee revidiert. Er stimmt unbedenken für alle Kolonial-, Geesetz- und Folltenforderungen, mag das Gerechtigkeit des Reichstags auch durch sie gebunden werden und mögen auch die sich auf Hunderte von Millionen belauenden Kosten keine Bedingung aus den vordarbenen Ausschüssen finden. Er hat die Wahlberechtigung der Regierung, die er sonst entrückt bestämmt, sanktioniert und Bismarck für gültig erklärt, obwohl sogar die Wahlprüfungskommission für ihn unzulässig erklärt hatte. Er hat zu allen innewer Gewaltthatigkeit, zur Aufregung unbotmäßiger Reichstagsmänner, geschwiegen, obwohl sie in einem besonders traurigen Falle einen seiner eigenen Parteigenossen, den Postkarl Dr. Schellenberg in Wiesbaden betrafen. Er hat nach Raumanns Gehändnis seinen Kampf gegen den Brotwucherer eingestellt, eingestellt lust zu der Zeit, da er am notenbedürftigsten wäre! Der Verzichtung der Versammlungsfreiheit für Millionen jembisprachiger Reichsangehöriger hat er, obwohl er es konnte und noch immer konnte, seinen wirksamen Widerstand entgegengesetzt. Vergewaltigungen der Minderheit hat er nicht bloß mitgemacht, sondern selber eingeleitet. Sein Vertreter im Reichstags-Präsidium, Kampf, ging in sein M-Streben, die sozialdemokratische Opposition mundtot zu machen, weiter als selbst die Reichstagsmehrheit wollte. Er mußte sein Amt niederlegen, um durch eine Wiederwahl seine bespähigte Präsidentenwürde wieder zu lassen. Schließlich hat der Freisinn in der lombardischen Woktisse vom 5. Dezember versprochen müssen, in Zukunft noch viel bescheidener und geduldsamer zu sein. Er wird noch erfriger als bisher den „liberalen Liberalismus“ in den eigenen Reihen bekämpfen, der durch das Eingehen der Nation Barths und den Abfall Raumanns an seiner ohnehin geringen Kraft empfindlichen Abbruch erfahren hat.

Für diese ihm zugewiesene Rolle darf der Freisinn bezahlend durch Bemühen von Reichstagsmitgliedern, die man als Zugewandte an den Liberalismus ausgiebt: die landwirtsch. Genossenschaft der Schafe und der Vögel, an der Wagesatz-Veränderungen, die Polenabteilung, die Besondere der süddeutschen Vereins- und Versammlungsfreiheit, alles um ein paar alderne Schyllanen zu beseitigen, von denen die preussische und sächsischen Staaten, anamene nicht lassen wollen. Fertig sind diese liberalen Geier im ersten Block aber abzuwarten geworden, wie die Börsenreform, der das Agnatorium erste Wiederstände entgegengeht.

Wenige Tage vor den Wahlen hatte die Regierung offiziell erklärt lassen, daß die Einführung neuer Steuern, die gefehlt nicht zu erwarten sei. Das war zu Anfang des Jahres. Anzwischen hat sich im Reichstag für 1908 ein Hundertmillionen-Defizit herausgestellt, und oben wird wieder offiziell gemeldet, daß die Spiritusmonopol- und die Zigarettensteuererhöhungen des Bundesratsmitgliedern zugegangen sind. Das ist zu Ende des Jahres. Die Frage der Reichsfinanzreform ist in den letzten Monaten wieder brennend geworden; auch ihre Erörterung wird uns ins neue Jahr begleiten. Mäßherweise beschleunigt die den Zusammenhang des Blocks und bringt dem Zentrum seine erste Wiedererkennung als Regierungspartei.

Wer gehofft hatte, daß im Zentrum radikale und oppositionelle Elemente infolge der Brückierung der Fraktion durch den Reichstanzler zu stärkerem Einfluß gelangen würden, hat die Psychologie dieser Partei nicht richtig gefaßt. Sie wird desto stiller, je mehr von oben auf sie losge schlagen wird. Ihr unbefahreter Führer, Herr Spahn, hat bereits im Sommer vor seinen Wählern in Bonn jene Flottenforderungen vertreten, die im Winter von der Regierung wieder erhoben worden sind. Seitdem ist die ganze Politik des Zentrums nichts anderes gewesen, als die fortwährende Wiederholung des Versuches, sich der Regierung Bismarck anzubieten — ein Bild aus dem „Antifloß“, das in Willkür durch einen aus dem Kopf überboten wird.

So fördert die Politik des Fürsten Bismarck die Fortentwicklung und Disziplinierung aller bürgerlichen Parteien. Der Vorteil davon wird schließlich der Sozialdemokratie zugute kommen.

Wie noch in jedem Jahre, so hat auch in diesem die deutsche Politik nicht nur in Parlament und Versammlung sondern auch

im Gerichtssaal ihre Stätte gefunden. Unter den achtzehn gerichtlichen Verfolgungen, mit denen die politische Opposition nicht bloß sozial-moralische Redakteure sondern auch politische Proffis bedacht wurden, ragt als Denkmahl der Zeit der Doppelvertragsprozeß gegen Karl Liebknecht hervor, der mit der Verurteilung des Angeklagten zu 1/4 Jahren Festung und der Ermahnung des Anklägers, des Oberreichsanwalts Dörschauen, zum Senatspräsidenten endete. Dadurch haben sich für die Zukunft die Aussichten dafür geöffnet, daß sachlich richtige Vertreter ihrer sozialistischen Lieberzeugung nicht bloß auf Festung sondern als Gefangene ins Zuchthaus gesteckt werden können. Herr Dörschauen ist noch nicht Reichsgerichtspräsident, aber er kann es werden.

Daß man nicht immer Worte mit Zentimen wägt, hat freilich der Fall des Reichsgerichtspräsidenten v. Leberert bezeugt, der das Urteil des höchsten Disziplinargerichtshofes einen Schandfleck nennen durfte, ohne sich dadurch die mindesten Unannehmlichkeiten auszuweisen.

Alle Kogge, Lauch, Mehlack, Wittenka- und sonstigen Hofstaudale sind in diesem Jahre von dem Hofstaat der Hunderttausendhundertbeiziger, von dem der gegenwärtige Minister Grafenprozeß nur ein häßlicher Ausläufer ist, hundertfältig überboten worden. Die Verleumdung der Berliner und Potsdamer Gardeverbände, durch Individuen, die der Kriegsmilitär Ruben nennt, ob sie gleich auch Pringen wären, ist eine erweisene und zugegebene Tatsache. Man erzählt jetzt, bis zu welchem Punkte das — vom Vordränger Liebknecht angegehene — laubemüßige Subordinationsverhältnis des deutschen Militarismus geführt hat und in welchen Leuten es so wichtig mitgebracht worden ist, von Trägern der erlauchten Namen, Angehörige hochfürstlicher Familien. Es ist tennnehmend für den Pränsianzustand unterer hohen Gesellschaftsreihe, daß diese Verleumdung sich im Dunkeln langer Gemohnheit Berührung erdlichen konnte, daß der Standaal nicht von littlicher Empfindung sondern von vernünftiger Gleichgültigkeit aus Licht gelöst wurde, und daß jetzt durch planmäßige Bearbeitung der öffentlichen Meinung verhindert wird, das Wippen des Maßstabes, welches in einem dem Ankläger günstig liegenden Einzelfalle, für einen Akt der Reinigung auszugeben. Aus grübeln sich, bis hierher nur eine vom Angeklagten Herden aufgestellte Behauptung erweist, nämlich die Großsprecher, daß durch diese Verleumdung die Kameraden in Wirklichkeit am Hofe fest worden ist. Das Wesen bleibt, mögen auch die Namen wechseln — und sie werden gar nicht wechseln, wenn die „Rehabilitierung“ der Eberberger gelte, an der die Presse von der Kreuzen bis zur Wölffischen Zeitung mit sieberhaltigen Gier arbeitet.

Auf dem Gebiete der auswärtigen Politik ist zunächst eine völlige Schöpfung der deutschen Regierung in der Marktochtage festzustellen. Der Reichstanzler hat in kaum verheilfter Form zugeordnet, daß diese Frage jahrelang den europäischen Frieden bedroht hat. Kam heute von einer vorläufigen „Anspannung“ der deutsch-französischen Gemüthsgegenstände werden, so doch nur deshalb, weil die deutsche Regierung das sinnlose Treiben, das sie nach Algerien führte, bis auf weiteres ausgehen hat. Den Aldeutschen freilich ist ihre nordafrikanische Ernte gerätlich verhegnet, und ebenso ist es ihnen in Persien gegangen, die dagnn Expansionshoffnungen, die sie auf dieses Land setzten, sind durch das russisch-englische Abkommen zerstört worden. Auch das wirtschaftliche Unternehmen der Bagdadbahn hat dadurch viel an Reiz für sie verloren. Jetzt, nachdem Deutschland durch die Kunst einer überlegenen Diplomatie in die Kneie geknien war, empfangt der König von England im Einverständnis mit der liberalen Regierung nach langer Entfremdung wieder seinen tschechisch-deutschen Pfaffen, der einige Monate zuvor auch den russischen Vertreter in die Kneie geschloßen hatte. Die Zusammenkünfte der Emmeren von Bremen und Petersburg auf der relativ sicheren Seite wiederholen sich jedes Jahr und sind offenbar beiden eine tiefe Gemohnheit geworden. Freilich ist der Jar Troj Staatsfriede nicht so Seichterfroh, daß er den Antipathien des tschechischen Fußgänger gegen den tschechischen Fatalismus und eines rechtsextremistischen Volkes gegen die preussische Reaktion Platz zu gebieten vermöchte. Derselben Gründe der inneren preussischen Politik haben auch der letzten Allianz, deren sich das Reich erfreuen durfte, einen kaum noch zu überwindenden Schlag verzieht. Das Österreich des allgemeinen Wahlrechts wendet sich ab, der letzte Müllant löst sich im Licht aus und geht. Es ist wohl mit Recht wenig beachtet worden, daß der greise österreichische Kaiser in seiner die-jährigen Antrabte an die Delegationen des Bundesverhältnisses mit Deutschland zum erstenmal feierliche Erwähnung getan hat.

Auf der Haager Friedenskonferenz ist die scharfe Ablehnung des Abrüstungsgedankens durch die diplomatische Glücke des deutschen Vertreters ein einziges gemildert worden. Nicht befreit aber wurde dadurch der scharfe politische Fehler, den die deutsche Diplomatie durch ihre Verhöhnung aller tschechischen Wünsche begangen hat. Sollte eine andere Darstellung Deutschlands auch das Ergebnis der Konferenz nicht fruchtbarer gestalten können, so wäre durch sie doch die stanzgerichtliche Deutschland als eines Landes, in dem große stanzgerichtliche Feinde haben finden, vermieden worden. Es ist wieder tennnehmend, daß diese Politik der deutschen Regierung von allen Parteien des Reichstags gutgeheißen wurde.

Der Antrag wegen des Wölflinger Manifestes gegen die Wehrmacht der Abgeordneten der 2. und 3. Kam. hat am Mittwoch in Petersburg begonnen. Erschienen waren 169 Angelegte, elf sind nicht erschienen, zwei sind inzwischen gestorben. In der Verhandlung am Donnerstag erklärten die Angelegten Besonnenheit, Sokoloff und Sabotoff, ihre Verhandlungsweise sei nicht bedauerlich, sie sei vielmehr ein politisches Kamuffiermittel gewesen, ebenso wie die Aufführung der Duma ein Kamuffiermittel gewesen sei. Sie hätten nur ihre Pflicht gegen ihr Volk erfüllt und würden für ihr Volk gern alle Strafen erdulden. Darauf wurden mehrere Mitglieder der Arbeitsspartei vernommen, die auslegten, gern den Tod zu erdulden zu wollen, wenn nur das gegenwärtige Regime gestürzt würde.

Der Sozialist Jakonoff erklärte, er habe den Aufruf unterschrieben, um den Forderungen des Volkes zu entsprechen. Als er jedoch die Richter Besonnenheit nannte, wurde ihm das Wort entzogen. Nach ihm werfe der in der Straffälligkeitung des Schließbüchse Gefängnisses erscheinende Kamuffier Manifest der Regierung Vordringlichkeit vor. Häufig vom Vorsitzenden unterbrochen, schilderte er die Qualen im Schließbüchse Gefängnis. Da er während seiner Rede ohnmächtig zusammenbrach, wurde die Sitzung für drei Stunden unterbrochen. Nach ihrem Wiederbeginn schilderte der russische Kolonialist Dieb die Leiden deutscher Anstifter. Fürst Borotow sagte, die Zeit werde kommen, wo die Richter von heute auf den Angeklagten fallen.

In der Sitzung vom Freitag griff Kamuffier die Regierung an. Warum ist der heftigste Aufruf, den die Regierung anwalt Sieberg den formalen Rechtsstandpunkt der Regierung dar. Die Abfassung des Aufrufs auf sinnbildliches Gebiet sei nicht strafbar. Dagegen müsse die Verbreitung des Aufrufs in Russland gesetzlich gestraft werden. Die Verteidiger schlossen sich in ihren Ausführungen den von den Angelegten vorgebrachten Verteidigungsgründen an. Die Sitzung wurde darauf bis Montag vertagt. Als die Angelegten den Gerichtsfall verließen, wurden sie von der Menge mit begeisterten Rundgebeten begrüßt.

Aus der Sitzung der sozialdemokratischen Dumafraktion. Die Arbeiterkommission der sozialdemokratischen Fraktion hat vor einigen Tagen eine Gesetzesvorlage über das Streikrecht fertiggestellt, die von der Fraktion in die Duma eingebracht werden soll. Die hierzu eingehenden Entwürfe sollen bei den Fraktionären und Parteimitgliedern ausgetauscht werden. Gegenwärtig wird in derselben Kommission eine Gesetzesvorlage über Arbeiterversicherung ausgearbeitet. Auch in der Kommission für Reform der lokalen Selbstverwaltung wird an der Ausarbeitung eines selbständigen Projektes gearbeitet, das sich von dem der Radikelpartei u. a. dadurch unterscheidet, daß es sich gegen jeden Zensus, auch gegen den von den Radikalen projektierten Anwesenheitszensus, ausspricht.

In der Budgetkommission der Fraktion gehen die Arbeiten parallel denen in der Dumaabteilungskommission vor sich. Die juristische Kommission beschäftigt sich mit dem Gesetzesentwurf über die Freiheiten auszuüben. Die Agrarkommission hat ihre Arbeiten eben erst begonnen. Ein Gruppe von Post- und Telegraphenangeestellten wandte sich an die Fraktion mit dem Ersuchen, bei Beratung des Budgets in der Duma für die Aufhebung der materiellen Lage der Post- und Telegraphenangeestellten einzutreten. Die Fraktion beschloß, das bei der ersten Gelegenheit zu tun.

Die Staatskassen am Branger. In Kiew gelangt jetzt der Prozeß gegen die Teilnehmer des Pogroms zur Verhandlung, der sich gleich nach der Proklamierung des Manifestes vom 30. Oktober in Kiew abspielte. Angeklagt sind 86 Personen, zum größten Teil Leute aus der Gegend der Bevölkerung. Wie in fast allen Pogromprozessen nehmen auch hier meist untergeordnete Teilnehmer des Pogroms die Angeklagten ein, während die Veranstalter und Helfer als vorzuziehende, eine sichere Position einnehmend, nicht angeklagt und wegen ihrer meist gut „infiltrierten“ Lage die Gerichtsbarkeit nicht zu erreichen abschießen konnte, wenn nicht „unerwartete“ Beugensagen diese Harmonie stören und grelle Schlaglichter auf die wahren Schuldigen werfen würden. So sagte der als Zeuge vernommene Schuhmann Komaloff vor Gericht aus, daß er sich an die Truppen mit der Bitte gewandt habe, den Pogrom zu unterdrücken, worauf ihm geantwortet wurde, daß die Truppen hergesandt worden seien die Pogromteilnehmer zu beschützen. Hier unterbrach ihn der Gerichtsordnungsbeamte, doch der Zeuge setzte unbeeinträchtigt fort: „Ich habe den Eid geleistet und muß die Wahrheit sagen. Die Soldaten erklärten mir, daß sie die Genehmigung besitzen, den Pogrom zu unterdrücken.“ Hier entzog der Vorsitzende dem Zeugen das Wort. Der Vertreter der Justiz, Rechtsanwalt Sarabid, legte gegen dieses Verfahren des Vorsitzenden Protest ein, worauf sich das Gericht zur Beratung zurückzog und darauf die Erklärung abgab, daß die Untersuchung über das Verhalten der Truppen die Kompetenz des Gerichts überschreite!

Massenverurteilungen in Wladivostok. Der Festungscommandant von Wladivostok bestätigte das Urteil, das in dem Prozeß gegen 78 Teilnehmer an der besaßenen Meuterei des Kanonenbootes Mandschur gefällt wurde. Fünf Angelegte wurden zum Tode und sechzehn zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt, während 28 Angelegte in Arrestantenabteilungen und sechs den Disziplinärbattalionen zugeteilt wurden. Die übrigen 20 Angelegten wurden freigesprochen.

Das revolutionäre Odesa. Wegen angeblich revolutionärer Propaganda wurden auf Befehl der Regierung 20 Professoren der Odesaer Universität entlassen.

Geistige Erkrankungen während der Revolutionäre. Die Cura führt interessantes Zahlenmaterial aus dem Rechenschaftsbericht der Irrenheilanstalt in Penza an. Von 1896 bis 1904 schwankte die Zahl der eingetragenen Kranken zwischen 286 und 94 im Jahre 1906 stieg sie bis 386 und erreichte 1908 die Höhe von 400. Während die Zahl der Kranken in den vorhergehenden acht Jahren fast unverändert blieb, stieg sie in den Jahren 1906-08 fast um 50 Proz. Der Bericht führt als Grund dieser enormen Zunahme von Geisteskranken den russisch-japanischen Krieg an, insbesondere aber die inneren Vorgänge der letzten Jahre. Es ist charakteristisch, daß die Mehrzahl der Erkrankungen auf die Vorbereitungen und hier wiederum auf die Frauen entfällt. Letzteres wird begrifflich, wenn man die zahllosen „Strafexpeditionen“ in Betracht zieht, von denen die Frauen naturgemäß am härtesten betroffen wurden. . . .

Aus den Nachbarkreisen.

Unzulässige Stadtvorstandmandat. Die Stadtverordneten von Naumburg haben einstimmig das Mandat des in der dritten Abteilung gewählten Dominikants Bedfer für unzulässig erklärt. Begründet wurde nach dem Kreisblatt die Unzulässigkeitserklärung damit, daß die auf Herrn V. entfallenden Stimmen ihn für ein bereits (seit längerer Zeit) erloschenes Mandat gewählt hätten, das nach bis Ende 1907 lief; er würde sonach in eine Zeit gewählt sein, für die kein Bruder, der Papierhändler Bedfer, schon 1901 gewählt war. Letzterer gehörte also schon seit längerer Zeit der Verammlung an, nach der Stilleordnung sei es aber nicht zulässig, daß zu einem schon der Verammlung angehörenden Bürger dessen Bruder hinzugefügt werde. Die Stadtvorordneten dürften, da V. kollektiv, Wahlde, Kade und Dr. Schiele hatten sich bei Beginn der Verhandlung entfernt, weil sie mangels der Wahlakten eine Verhandlung und Beschlußfassung über die Gültigkeit für unzulässig erklärten. Der Magistrat hat nämlich trotz wiederholter Erhebungen die Akten noch nicht der Verammlung übergeben lassen, er werde sie aber übergeben, sobald er sie ordnungsmäßig erwidert haben werde. Die Entscheidung über die übrigen Wahlen wurde bis zur nächsten Sitzung vertagt.

Jimmer noch kämpft die organisierte Arbeiterschaft Krefschens um das Löffels Lokal. Obwohl Herr Löffel selbst erklärte, durch den Verlust eine große Einbuße zu haben, kann er sich nicht zur Vergabe seines Lokals entschließen. Er begründet sein ablehnendes Verhalten damit, daß er nicht der einzige Wirt im Weisenfelder Kreise sei, welche, bei dem Sozialdemokraten Verammlungen abhielten! (Auch nicht übel!) Die Arbeiterschaft läßt sich aber mit solchen Worten nicht mehr abweisen, sondern wird versuchen, Herrn Löffel doch noch eines anderen zu belehren. Herr Löffel wurde von den Arbeitern unterstellt und viele scherten sich nicht an den Verlust. Deshalb wurden am zweiten Weihnachtstag Posten vor des Löffels Lokal gestellt. Auch waren Kontrolluren im Saale tätig. Die Posten konnten ungehindert vor dem Lokal stehen. Sie standen ja auch unter polizeilicher Aufsicht. Unser Genbram machte alle die Bewegungen unserer Posten mit, wodurch er natürlich sein Versteck mit dazu beitrug, daß viele Arbeiter, die das Löffels Lokal besucht hätten, vorbeiging! Denn wo der Genbram sich aufstellte, da ahnt man immer nichts gutes. Auf Veranlassung des Herrn Löffel wurden die zwei Genossen aus dem Saal durch den Genbram entfernt, da — wie Herr Löffel sagte — er keine Aufpasser brauche. Herr Löffel braucht nur solche Arbeiter, die nicht nach Nachfragen, sondern ihre mühsam erzwungenen Groschen zu ihm hinstrecken.

Behauerliche Ereignisse müssen wir konstatieren, daß eine große Anzahl gewerkschaftlich und politisch Organisierte bei Herrn Löffel das Tanzen schwangen. Es sind hiesige Arbeiter, die sich von der Frau beherrschen lassen! Denn: Will die Frau tanzen, so muß der Mann springen und wenn es bei Löffels ist! Nun gibt es aber in Krefschens einen Freundschaftsbund, d. h. einen Vergnügungsberein, in dem nur Arbeiter „haatserhaltenden“ Ursprungs zu finden sind. Dieser Freundschaftsbund hält öfters seine Vergnügungen bei Löffel ab. Da der Verein aber nur 12 Mitglieder zählt; kann er die Posten nicht besetzen und daher mußte die Arbeiterschaft die Freundschaftsbund Arbeiter als Gäste zu. Zum Silvesterabend hat der genannte „Bund der Freundschaft“ wieder ein Vergnügen angelegt. Hierzu sind auch die Arbeiter von Krefschens, Großeschen und von verschiedenen Orten gastreich durch Karten eingeladen. Diese Arbeiterpflichter wollen nicht nur Herrn Löffel Gäste aufsuchen, sondern sie wollen nebenbei auch ihre Vereinstafel stärken.

Organisierte Arbeiter. Parteigenossen! Verberd nicht Schänder eurer Arbeiterehel! Begeh nicht euren Wohlstand und unterschützt nicht einen Verein, der seinen eigenen Grundbesitz entgegenkämpft. Derselben Elemente, die im Arbeiterrecht die Handreiger werden, wiederholen ihr trauriges Spiel beim Saalkampff. Wollt ihr zu Kanapengewinnern, so geht nach Mannsdorf. Der Vorhof des Herrn A. Weber steht allen Parteien zur Verfügung. Auch die Eiserg organisierte Arbeiterschaft mag dies berücksichtigen und nicht in einem Lokal verkehren, wo man nur die Groschen nehmen will und die Interessen der Arbeiter nicht diskutieren läßt. Auch im Gasthof zu Mannsdorf findet eine Silberfeier statt. Dort wird euch mehr geboten, als euch der Freundschaftsbund bieten kann!

Weisenfeld, 30. Dezember. Die Ortskrankenkasse hält heute abend 8 Uhr in der Zentralhalle ihre Generalversammlung ab. Tagesordnung ist aus dem Interat ersichtlich.

Naumburg, 20. Debr. (E. B.) Pünktliche Leute! Am Sonnabend hatte der Arbeitgeberverband des Bauwesens die hier arbeitenden Maurer zu einer Verammlung in der Reichstrasse zusammengetrommelt. Derselben sollten den bekannten Reders, welchen die organisierten Maurer abgelehnt hatten, unterschreiben. Die Mehrzahl der Maurer unterschrieb denn auch. Das einzig gute an der Verammlung war die große Pünktlichkeit der Maurer, welche in den sonstigen Verammlungen sehr vermisst wird.

Die Volkskommission hält heute abend 8 Uhr eine Sitzung ab.

Streik auszuweisen. In der Schöffengerichtssitzung am 28. Debr. wurde gegen die Maurer Franz Schlun, Ernst Schlun und Joh. Wenzel abgeurteilt. Als Zeugen waren die Baununternehmer Schürter und Wähler von hier geladen. Nach Aussage des Zeugen Schürter sei er und Zeuge Wähler im Auftrage des Arbeitgeberverbandes nach Sonneberg gefahren, um Erkundigungen einzuziehen, bei welchem Unternehmers die Naumburger streifenden Maurer arbeiteten. Nachdem er diese Mission ausgeführt habe, sei er nach dem Bahnhof gegangen, dalselbst seien die Angelegte gewesen und hätten ihn „vermobbelt“. — Die Angelegten wurden wegen Körperverletzung und Mißhandlung 3 Gefängnisstrafe verurteilt, und zwar Franz Schlun zu vier Monaten, die beiden anderen, welche nicht vorbestraft waren, zu je drei Monaten!

Das Militärverbot über dem Rändchen. Dazu wird uns aus Wodschik noch geschrieben: Das unzulässige, hier wird's Ereignis, das Unbegreifliche, hier ist's gefeschen. Was wir für völlig unmöglich gehalten hatten, ist nun zur Tatsache geworden. Die Saalnhaber, bei denen bisher Verammlungen stattfanden, sind mit dem Militärverbot belegt worden, und so haben wir denn die Tatsache erlebt, daß in Wodschik sowohl als auch in Mildenberg und Grünwalde die zahlreichen Urlauber keinen Saal betreten durften.

Von 13 Sälen der Umgegend sind bis jetzt schon 10 mit dem Militärverbot belegt, auch die andern drei werden noch drannommen, da wie laut Abmachung mit den Briten in allen Sälen der Reize nach Verammlungen abgehalten sollen. Da die Saalwirte alle Maßregeln getroffen haben, die sonst von den Militärbehörden als genügend erachtet wurden, wird das Militärverbot als eine große Ungerechtigkeit empfunden und trägt natürlich tüchtig dazu bei, unseren Ideen in Kreisen Eingang zu verschaffen, die sonst nicht für uns zu haben waren. Die Militärbehörde darf nun unmöglich auf halbem Wege stehen bleiben. Fürchtet sie, daß die Soldaten durch Besuch der Säle, in denen einmal eine Verammlung stattfand, sozialistisch verkehrt werden, so darf sie unter keinen Umständen aus einer Arbeiterfamilie die Söhne zum Militär eingehen. Da wir hier

Über 1800 sozialdemokratische Stimmen hatten, würde diese letzte Konsequenz sehr vielen zugute kommen.

Seitens unserer Genossen ist dem Genossen B. e. f. der ganze Gang des Kampfes und das Eingreifen der Militärbehörde in einem Schriftsatz übermittelt worden, damit Bebel beim Militäratrat oder sonst bei passender Gelegenheit die Sache im Reichstag vorbringt. Der Kriegsminister wird sich so wohl über die Sache aber werden das Vorgehen der Militärbehörde, das an sich schon äußerst unzulässig ist, zu einer kräftigen Agitation gegen den Militarismus verwenden können.

Wodschik, 28. De. (E. B.) Nicht beschäftigte Schüler von handsmäßig. Genosse Reinhold Dorn, der zum Schulvorstandsmittglied gewählt wurde, ist nicht befähigt worden. Dorn erfreut sich in allen Kreisen der größten Achtung, seine Umsicht und Energie als Geschäftsführer des Konsumvereins werden allgemein anerkannt, ebenso seine uneigennütige umfängliche Tätigkeit im Gemeinderat. Über Schulvorstand darf er nicht sein, er ist Sozialdemokrat und das fürchterliche Verbrechen, eine christliche Lieberzeugung zu haben, wird in Preußen Preussland schwer geahndet. Auch diese Befähigung ist Wasser auf unsere Mühle. So fragen die Behörden wieder das für, daß uns hierzulande der Agitationsstoff nicht ausgeht.

Stettin, 29. Dezember. (E. B.) Du wirst nicht lügen! In dem sozialdemokratischen Agitationskalendar der Arbeiter zu tun, werden bestmöglich in all allen Teilen des Meißner Regierungsbereiches, die sog. „Sozialen Volksblätter“ verbreitet. Der Inhalt dieses aus Lagerverbandausgängen und ähnlichen Gemeindegeld betreffenden Kalenders interessiert weiter nicht, nur die Art, wie er verbreitet wird. Hier zum Beispiel hat der Pastor Scherf die Verbreitung in die Hände genommen. Nun kann man aber nicht erwarten, daß ein Pastor, der doch schon genug mit seiner Zeitsorge zu tun hat, das Ausrufen selbst besorgt. Er nimmt sich dazu Gehulfsleute! Diese bringen nun die Kalender dadurch an den Mann, daß sie erklären, der Kalender komme von „dem Manne aus dem Kronenring“. Sie werden nicht mehr sagen den Namen des Mannes aus dem Kronenring, den des Genossen Scherf! Es ist wohl kaum anzunehmen, daß die Jungen selbst auf diesen Gedanken gekommen sind. Frend jemand wird ihnen wohl die Redensart eingepfropft haben. Das Vorwissen ist nach zwei Seiten hin interessant. Einmal zeigt es, daß man in den Kreisen der Kalenderempfangener ununter Agitation doch großes Interesse entgegenbringt, denn sonst würde man sich nicht der Namen bekannter Parteigenossen bedienen. Frend zeigt sich aber schon bei der Verbreitung der ganze „soziale“ Schwindel!

Stettin, 28. Dezember. (E. B.) Je mehr er hat, je mehr er will. Der 19jährige Mühlenerbesitzer Sohn Otto hat sich am 25. d. M. in der Knechtstrasse in der Nähe in Wodschik ein Schneidemesser in die Brust gestochen. Die Wunde ist eine Wunde Gefährlichkeitsverursacher. Er soll im Monat Januar fortgeführt werden, das Oberbürgermeister Braunroda Richterungen z. entwidet haben. Die gegen das erste Urteil angelegte Berufung wurde von der Halleschen Strafkammer verworfen.

Rechtswahl, 29. Dezember. (E. B.) Sie wollte Blut sehen. In eine außergewöhnliche Weise geratet, wurde eines Tages auf einem hiesigen Gute eine Landarbeiterin. In der Meinung, daß ihre Mitbewohnerin ihr eine Tüte weggenommen habe, ging sie einem Spaten an die Wohnung der Nachbarin, schlug die Türöffnung ein und rief: „Ich muß erst Blut sehen. Als dann die Nachbarin aus der Wohnung herauskam, ergießt sie mit dem Spaten einen Schlag über den Kopf. Schädlich lag sie sich noch von ihrer Leiter, das Bein herabfallen, das aber glücklicherweise nicht in Tätigkeit gesetzt wurde. Die Frau wurde wegen der nächtlichen Tat vom Schöffengericht Halle zu 2 1/2 M. Gefängnis verurteilt.

Von demselben Gericht wurde eine politische Arbeiterfrau aus Döberitzenthal zu einer Wode Gefängnisstrafe verurteilt, weil sie einem politischen Arbeiter ein Zwangsamtstück weggenommen hat. Sie behauptete, das Geldstück auf der Straße gefunden zu haben, was ihr aber nicht glaubt wurde.

Möln, 28. Dezember. (E. B.) Außersich! Demnach hat eines Tages der Arbeiter Johann seiner Wirtsdarlerin und deren schützenden Sohn gegenüber. Als die Frau bei dem Abzuge ihre Sachen verlangen wollte, D. sie abhandeln. Dann schlug er die Frau und auch den kleinen Sohn. Als die Frau dann zu einem anderen Manne gegangen war und er sie eines Tages in der Wohnung bei diesem am Fenster liegen sah, war er mit einem Stein durch die Glasscheibe nach ihr. Das Schöffengericht in Halle hatte für die Raub der Gefängnisstrafe von 2 Monaten verhängt und den gegen dieses Urteil angelegte Berufung wurde vom Landgericht Halle verworfen.

Möln, 29. Dezember. E. r. l. b. m. o. d. Ein Lebensüberdruß soll sich auf Bahnhof Mansfeld am zweiten Feiertage der Kandidat Wedler von hier erschossen haben. Der Mann soll hochgradig nerods gemein sein.

Hilfsberg, 29. Debr. Die nimmerlatten Charakter. Groß ist das Leid unserer Notleidenden, und noch viel trauriger ist ihre meist bedauerliche Lage, wenn die jetzigen „niedrigen“ Preisverhältnisse noch weiter anhalten. Wer will es da den armen der Armen noch verdenken, wenn sie es nur aus purer Not zutun zu machen, wie einer ihrer „notleidenden“ Kameraden in Rudelsdorf. Ein Stück Knodwurz aus dem Saal des Besizers, das nachrichtlich nicht mehr so recht seinen Verhältnissen entsprechenden konnte, war dazu verwendet, seinen letzten Genuß anzureiten. Ein Fleischer aus Greiberg hatte das Tier gekauft und holte es dieser Tage bei dem Verkäufer ab. Wie üblich, wurde das Tier auf die Viehtrage wagen geführt, wo sein Viehtrage fleischfertig werden sollte. Jedoch der tüchtige Mann laut vor, und auch unter „Notleidenden“ der Viehtrage in Halle hatte für die Raub der Gefängnisstrafe von 2 Monaten verhängt und den gegen dieses Urteil angelegte Berufung wurde vom Landgericht Halle verworfen.

Aufruf!

Frau Hanna Stuart, welche angeblich vom Kurator der Universität Halle wegen öffentlicher Bebauung unehrer Taten faden in ihrem Vortrag vom 2. Dezember d. J. bei der förmlich Staatsanwaltlich verurteilt worden ist, erwidert hierdurch dringend um Kanabe der Abtreiben von Berlin, welche besonders in den letzten fünf Jahren in der hiesigen Universität „verurteilt“ worden sind, und allen, die sich an anderen, berechtigten, Frau willig Gemeinwesen, Klage über den Mangel der Wissenschaft und die Art der Behandlung dalselbst zu führen haben.

Da es sich um einen Prozeß von eminenter öffentlicher und weittragender Bedeutung handelt, hat er im allgemeinen Interesse mit einem möglichst zahlreichen Vereinsmarsch der Berliner entgegenzutreten. Briefe sind zu richten nach: Leipzig, Frauenklub, Poststraße 61.

Verantwortlicher Redakteur: Walter Repoldt in Halle.
Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

...wurde zu 30 und der Arbeiter zu 10 M. Geldstrafe verurteilt.

Eine Privatklage eines Magistratsbeamten gegen einen Politiken endete mit einem Verdict. Der Politiken erklärte, daß er die besagliche Verletzung zwischen dem Magistratsbeamten und einer Frau Detmas nicht bestrafe, seine Unschuldigkeit einsehe und um Entschädigung bitte.

Seine Chronik. Ein Maurer von hier wurde wegen Hausfriedensbruch zu einer Woche Gefängnis verurteilt, weil er am Nachmittage des 27. August der Anweisung eines Voliers, den Neubau zu verlassen, nicht gefolgt war. — Weil sie eines Abends angehängelt mit einem G... auf der Straße getannt hatte, wurde eine junge Detmas aus dem Gerichtsverfahren ausgesetzt und eine Frau Detmas mit 20 M. Geldstrafe verurteilt. — Weil er in der Nacht ein paar Kinderstiefeln weggenommen hat, muß ein Arbeiter eine Woche Gefängnis abmachen. — Auf den Namen einer Nachbarin hat eine polnische Arbeiterin aus Osmünde einige Waren entnommen. Sie muß dafür wegen Betruges 6 M. bezahlen.

Seine Feilsenbilder hatte ein russischer Arbeiter einem Freunde weggenommen. Der Täter wurde dafür mit drei Tagen Gefängnis belegt. — Als Bierfahrer hatte sich ein Arbeiter insofern vergangen, daß er einige einfließende Beträge der Brauerei nicht abgeliefert hatte. Er wurde zu 40 M. Geldstrafe, oder acht Tagen Gefängnis verurteilt. — Eine jugendliche Schneiderin hatte einem mit ihr befreundeten Dienstmädchen gelegentlich eines Besuchs aus dem Portemonnaie ein Beheimrechtlich weggenommen. Sie soll dafür vier Tage Gefängnis verbüßen. — Hüttenröhren im Werte von 25 Pfennigen hat eine Arbeiterfrau entwendet. Sie muß dafür einen Tag Gefängnis abmachen. Auf ihren Verweigerung unterlag werden soll eine Arbeiterin, die als Aufwärterin mehrere Kleinfächer weggenommen haben soll, die sie gar nicht gebrauchen kann. — Weil er einem Arbeitskollegen zwei Blauen im Werte von 60 Pfennigen weggenommen hat, muß ein Arbeiter 15 Tage Gefängnis abmachen. — Humorvoll war eine Privatklage, die zwei Frauen um einen Mann anhängig gemacht hatten. Beide behaupteten vor Gericht, der nicht mehr junge Knopf habe ihnen die Ehe verbrochen und beide hätten sich gegenseitig beleidigt. Da nun erst näher unterlagt werden soll, welches die rechte Beleidigte ist, mußte die Sache vertagt werden.

Telephonischer Spezialdienst des Volksblattes.

Berlin, 30. Dezember. Im Park-Gartenprosech wurden heute morgen 10 Uhr die Verhandlungen wieder aufgenommen. Der Zuschauerraum war wiederum nur schwach besetzt. Die nach Münden gelangten Richter, Verteidiger usw. waren wieder zur Stelle, so daß mit der Verlesung der Protokolle über die Aussagen des Schwemmeringer Ehepaares begonnen werden konnte. Die Verlesung nahm längere Zeit in Anspruch. (Wir werden morgen ausführlicher darüber berichten. D. Red.)

Am 30. Dezember. Auf dem Betriebsbahnhof wurde der 58jährige Rangierer Kobowich von einem Rangierzuge über-

jahren, so daß er kurze Zeit darauf an seinen Westinghousen starb.

Kiel, 30. Dezember. Die Kieler R. A. teilen mit, daß der Großherzog von Oldenburg gleichfalls seine Beziehungen zum Flottenverein abbrechen werde, wenn dem Prinzen Kuprecht von Bayern nicht Genugthuung geschieht.

Kom, 30. Dez. Der Wasserbauingenieur Caminodo hat ein Kanalprojekt ausgearbeitet, nach dem Genua mit dem Bodensee verbunden werden soll. Der Kanal würde die Alpen durchschneiden und eine Länge von 501 Kilometer haben.

Tanger, 30. Dezember. Aus Belgien werden neue Unruhen gemeldet.

Kärnberg, 30. Dezember. Der 58jährige Privatier Kestermacher ist die Krankheit an Krebsleiden gestorben. Er hatte vergessen, den Waschen in seinem Schlafzimmer zu schließen.

London, 30. Dezember. Nach einer Meldung aus Wellington ist der Sozialistenführer Keir Hardie bei einem Automobilsunfall schwer verunglückt.

Kom, 30. Dezember. Das Generalkomitee der U. S. D. R. beschloß den Generalstreik für ganz Italien. Es steht noch nicht fest, ob der Streik sofort oder erst in einigen Tagen beginnen soll.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 30. Dezember. Wegen einer Rede im September d. J. wurde gegen den gemeinen Führer der Berliner Anarchisten Sepp Certeil, Anklage wegen Aufreizung erhoben.

München, 30. Dezember. Im Laufe des Sonntags wurde auch der Vorfall des erschlagenen Majors v. Schöneck berichtet, jedoch halb wieder auf freien Fuß gesetzt.

Wien, 30. Dezember. In der Diskant-Feihsab an der deutsch-slawischen Grenze erkrankte die ganze Familie des Bahnbeamten Gonfior unter Vergiftungserscheinungen. Frau Gonfior und ihr sechsjähriges Töchterchen sind bereits gestorben; der Ehemann und seine zwei Söhne schreiben in Lebensgefahr. Die Untersuchung ergab, daß Frau Gonfior einen während des Kochens verwendeten Weisföfel in die Speise fallen ließ, ohne es zu bemerken. Es liegt daher Verleumdung vor.

Briefkasten der Redaktion.

R. P. Krefschan. Benutzen Sie doch die Monatsübersichten der Sozialdemokratischen Parteikorrespondenzen. Die Redaktion ist nicht in der Lage, noch bezahlte Statistiken aufzustellen. Im übrigen müssen wir Verzeile, weil der eingekamte, ein wenig früher jagen, nicht erst am letzten Tage.

E. Pfeiffer. Bericht erscheint, jedoch nicht in der gewünschten „beachtlichen“ Breite. Man kann auch mit wenigen Worten vieles sagen!

Versammlungsberichte.

Bankarbeiter Feil. Die Generalversammlung am 15. d. Mts. war so schwach besetzt, daß die beiden ersten Punkte der Tagesordnung abgelehrt werden mußten. Die Festsetzung der Versammlungstage für 1908 wurde so erledigt, daß bis auf weiteres alle 4 Wochen Sonntags die Versammlungen abgehalten werden. Von mehreren Kollegen wurde mit Recht gerügt, daß es den Anleihen habe, als wenn die hiesigen Bankarbeiter nun alles erreicht hätten. Das bewies die Verlesung der Tagesordnung im Sommer, mitten in der Pensionat, ließ der Versuch an, zu münden. Damit kommen wir aber nicht vorwärts. Wegen Unterdrückung wurden drei Mitglieder ausgeschlossen. Desgleichen wurde wegen Beleidigung der Mitglieder und ungebührlichen Betragens in der Versammlung ein Kollege ausgeschlossen. Unter Gesichtswinkel mußte auf die Bibliothek aufmerksam gemacht und ein Kartellbegleiter gewarnt. O. H.

Versammlungs-Anzeiger.

Weißenfels: Drittkantentasse II. Montag, den 30. Dezember.

Zur Erwiderung.

Auf dem Eingelände von Feil in Nr. 303 ist zu ersehen, daß der Entsender mit unsem Unternehmen nicht vertraut ist. Wir erlauben ihm, sich an unsere Geschäftsstelle: Feil, Sozialistische 29, zu wenden. Dort wird ihm jede gemündete Auskunft erteilt. Auf eine Zeitungspolemik können wir uns nicht einlassen. Die Mitglieder der Derranggenossenschaft Niederländer Sängler.

QUITTING.

Feil. Für die Gründung eines eigenen Parteiblattes gingen 1000 Vergütungen der Handels- und Transportarbeiter 515, organisierte Freiergehilfen 120, von den Maschinenarbeitern 4, Pindliche in Heimbach 250, Note Antons in Heilbrunn 3.— Mark.

Krefschan. Für Gründung eines eigenen Parteiblattes gingen ein: Beim Frühlingsfest des Arbeiter-Gesangvereins für die Schwartzenburg 250, für einen, der noch nicht im Volksblatt seiner Haare ist 176, bei einer amerikanischen Mission in Wandsdorf 250 Mark.

Kumador. Für Gründung der eigenen Parteipresse: Gesamtheit beim Frühlingsfest des Gesangvereins Italia 245 M. A. Rodtrot.

Verantwortlicher Redakteur: Walter Leppoldt in Halle.

Volkspark

Burgstrasse 27.

Dienstag den 31. Dezember (Sylvester):

Grosse musikalische Abend-Unterhaltung

in den oberen Räumen.

Es ladet freundlichst ein Die Verwaltung.

Frei Heil!

Turnverein „Fichte“, Weissenfels u. S.

Dienstag, den 31. Dezember im Restaurant „Stadt Naumburg“

Silvester-Ball

wozu Freunde und Genossen herzlich einladet Der Vorstand.

Anfang 6 Uhr.

Sonntag, den 2. Februar 1908 im Restaurant „Stadt Naumburg“

Grosser Elite-Maskenball.

Vorverkaufskarten sind jetzt schon zu haben bei sämtlichen Mitgliedern.



Prosit Neujahr!

allen Freunden und Gönnern. Gleichzeitig empfehle meine vorzüglichen Weine, Punsche, Araks, Rums, Kognaks etc.

Otto Kramer,

gegenüber der Glauchaischen Kirche.

Julius & Rich. Schneider,

Landesbergerstr. 1, Landesbergerstr. 57

empfehlen ihr reichhaltiges Lager in

Zigarren und Zigaretten.

Neujahrskarten,

erfrischen und heiteren, gewerkschaftlichen und politischen Inhalts.

Zu beziehen durch die

Volksbuchhandlung, Herz 42/43.

Bockwitz!

Kinder-Schuhstiefel

in breiter u. spitzer Form.

Stulpenstiefel u. Halbstiefel für Knaben

empfiehlt

Otto Pachtmann,

Schuhmachernstr., Bockwitz.

Auf nach Bockwitz!

Hüte, Mützen, Pelzwaren, Filzschuhe, Kravatten, Herren-Wäsche, Kinder-Garnituren in Reimer u. i. v. kauft

bei Paul Schreiber

(Kraglins, dem Knappvereiner, denn dort findet Ihr jederzeit das Gewünschte und durch die funktionenlosen billigen Breiten spart Ihr viel Geld!

Mückenberg-Bockwitz.

Eduard Muschler,

Mückenberg, Dachdeckungs-Geschäft, empfiehlt sich zur Ausführung aller Dacharbeiten.

Neuauflager, in Ziegel, Schiefer, Gipsplatten, Papp, Zement-doppelfalz u. Pappstichdach. Reparaturen prompt u. billigst.

Bockwitz.

Filz-Schuhe

und

Filz-Pantoffel

in grösster Auswahl

bei

Otto Pachtmann,

Schuhmachernstr. Bockwitz.

Verloren

Reisboia (Haber) von Klausstr. nach Märkerstr. Sonntag abend. Gegen Belohn. abzug. Strafweg 1 p.

Rückzuführen werden angenommen. H. Walter, Epige 201.

50 eigene Dampfer.

Nordsee-Halle.



Die gern gekauften lebendfrischen

Karpfen

1 Pfund 60 Pfg. sind wieder eingetroffen.

Nordsee-Halle,

der Deutsch. Dampfischereigesellschaft „Nordsee“, Gr. Ulrichstr. 58.

Eigener Seehafen.

Neujahrskarten

billig.

Zeltz. A. Leopoldt.

Arb.-Kasino Zangenberg.

Dienstag den 31. Dezember

Sylvester-Feier.

Empfehle den werten Parteigenossen meine freundlichen Neujahrskarten.

Wichtiges!

Johann Brückner, Jakobstr. Ecke

Schuhe und Stiefel

werden sauber besetzt u. rep. mit allem Nöthenen bei J. Sternlicht, Alter Markt 11.

Kartoffeln

Rote Daborscho, zu Speise- und Futterzwecken, gibt preisw. ab

R. Gödicke, Marktstr. 24.

Februar 2802.

Dankagung.

Für die herrliche Teilnahme und schönen Blumenbesend beim Begräbnis unseres lieben Lotteschen sagen wir allen Verwandten und Bekannten unsern herzlichsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen

H. Spill-rangel u. Frau.

Buchdruckerei C. S. m. S. H.; Halle a. S.